



Entlastungsmaßnahmen der Ampelkoalition

Ergebnisse einer Umfrage zur "Steuerpolitik in der Krise", basierend auf einer Befragung von Vertretern deutscher Unternehmen, insbesondere aus den Bereichen Steuern, Finanzen und Accounting.

Oktober 2022

Zeitraum der Erhebung 22.9.-7.10.2022



EY

Building a better
working world

Die stark steigenden Energiepreise stellen mehr und mehr Unternehmen vor teilweise existenzgefährdende Probleme. Die Bundesregierung hält mit Rettungspaketen dagegen, die zu wesentlichen Teilen aus steuerlichen Maßnahmen bestehen. Doch reicht das, um Wirtschaft und Verbraucher finanziell über den Winter zu bringen?

Teilgenommen an der Umfrage haben Vertreter deutscher Unternehmen, insbesondere aus den Bereichen Steuern, Finanzen und Accounting, aus der Leserschaft des EY eNewsletter Tax und des Tax & Law Magazines.

Inhalt

1. Kernergebnisse
2. Fragen im Einzelnen
3. Zitate
4. Ansprechpartner Tax Policy

Direkt in den Briefkasten

Sie möchten das **Tax & Law Magazine** postalisch erhalten?

Schreiben Sie uns eine E-Mail an **TLM@de.ey.com** oder nutzen Sie dieses Bestellformular:



Dies sind Kernergebnisse

49 % beurteilen das wirtschaftliche Umfeld des eigenen Unternehmens schlecht oder sehr schlecht.

Für **85 %** haben sich die Gaspreise erhöht oder eine Erhöhung wird erwartet, bei den Strompreisen gilt dies für **89%.**

Im Schnitt haben sich die Preise für Strom und Gas bislang bei den Betroffenen **verdoppelt.**

89 % befürworten den Ausgleich der kalten Progression im Einkommensteuertarif.

62 % wünschen sich mehr steuerliche Anreize in der Krise.

Eine starke Mehrheit von **63%** sieht im Entlastungspaket lediglich Symptombekämpfung.

Die Wirtschaft ist noch nicht überzeugt, dass die Politik richtig auf die Krise reagiert

Die steuerlichen Entlastungen kommen gut an, aber die Unternehmen vermissen wirksame Maßnahmen in anderen Bereichen.

Die allgemeinen Konjunktursorgen haben auch die Steuer- und Finanzexperten erfasst: 95% erwarten (sehr) nachteilige Auswirkungen der Energiepreise auf die Volkswirtschaft. Eine Rezession wäre demnach so gut wie unvermeidbar.

Weniger eindeutig fällt das Urteil auf die Fragen aus, ob die Bundesregierung richtig reagiert. Zwar sieht eine große Mehrheit von 66% steuerliche Maßnahmen als wichtiges Instrument der Krisenbewältigung, insgesamt 62% wünschen sich sogar stärkere steuerliche Anreize.

Trotzdem sehen die Unternehmen offenbar noch Potenzial oder die Notwendigkeit zu weitergehenden Maßnahmen seitens der Politik.

Wie stark stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

Skala (stimme überhaupt nicht zu / stimme nicht zu / stimme weder zu noch lehne ich ab / stimme zu / stimme voll und ganz zu)



So glauben lediglich 10%, dass die Politik alles in allem die richtigen Gegenmaßnahmen einleitet, während 63% dem ausdrücklich widersprechen. Dass die Bundesregierung die fiskalischen Grenzen ausschöpft und zugleich die Schuldenbremse einhält, bejahen 14%, denen 63% kritische Prozent gegenüberstehen.

Bemerkenswerte 63% üben sich in Fundamentalopposition und geben an, dass die Maßnahmenpakete aus ihrer Sicht zu sehr Symptome behandeln und zu wenig die Ursachen der Probleme bekämpfen.

Gas- und Strompreise als Stimmungskiller

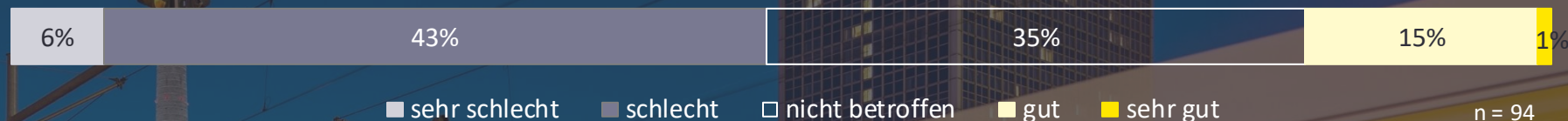
Die Konjunkturertrübung
kommt bei den Unternehmen an

Das persönliche Umfeld bestätigt die allgemeine Lageeinschätzung. 49% erwarten eine schlechte oder sehr schlechte Entwicklung ihres unmittelbaren wirtschaftlichen Umfelds. Ein gutes Drittel wäht sich vorerst nicht betroffen. Immerhin 17% lassen sich die gute Stimmung nicht verderben und erwarten sogar eine positive Entwicklung in ihrem Umfeld.

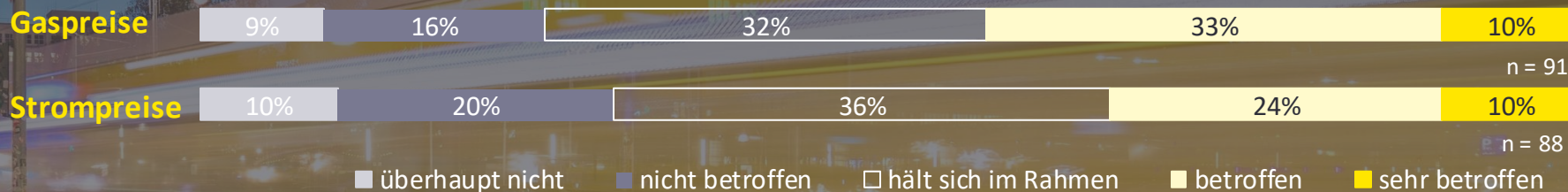
Die Welle der Energiepreiserhöhungen betrifft nicht alle Unternehmen gleichermaßen in ihrer wirtschaftlichen Aktivität. Jeweils ein gutes Viertel der Unternehmen sieht sich derzeit weder durch den Gas- noch den Strompreis betroffen, ein weiteres Drittel sieht nur überschaubare Effekte. 43% der Unternehmen sagen dagegen schon heute, dass der Gaspreisanstieg für sie unternehmerisch relevant ist, beim Strom sagen das 34%.

Vom Allgemeinen ins Konkrete: Persönliche Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Ihres Unternehmens/Arbeitgebers

Wie wird sich nach Ihrer Einschätzung das wirtschaftliche Umfeld, in dem Ihr Unternehmen agiert, über den Winter entwickeln?



Wie stark sind Sie von den gestiegenen Gaspreisen bzw. Strompreisen im Rahmen Ihrer unternehmerischen Tätigkeit betroffen?



Wenig Optimismus beim Blick auf den Gaszähler

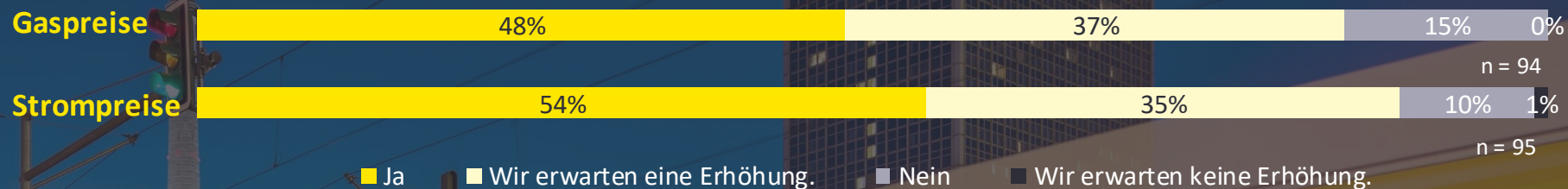
Die Welle der
Energiepreiserhöhungen
schwappt durch die Wirtschaft

Gut die Hälfte der befragten Unternehmen zahlt schon krisenbedingt höhere Preise. Weitere 37% (Gas) und 35% (Strom) erwarten Erhöhungen. 15% bzw. 10% beziehen noch Gas bzw. Strom zu alten Konditionen. Praktisch kein Unternehmen geht jedoch davon aus, dauerhaft von Preiserhöhungen verschont zu bleiben.

Wer bereits Post vom Versorger bekommen hat, musste sich durchschnittlich mit einer Verdopplung der Preise zurechtfinden.

Vom Allgemeinen ins Konkrete: Persönliche Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Ihres Unternehmens/Arbeitgebers

Haben sich für Ihr Unternehmen die Energiepreise bereits erhöht?



Wenn ja, um welchen Faktor?

(Mittelwerte der erfolgten Angaben)



Die Bedrohung ist teils existenziell

Im Winter drohen sich die
schlechten Nachrichten aus der
Wirtschaft zu häufen

Die Wahrscheinlichkeit, dass Investitionen
reduziert werden, wird auf 48% geschätzt. Die
Gefahr von Umsatzeinbrüchen schätzen die
Befragten auf 40%. 38% rechnen mit Problemen
in den seit der Pandemie angespannten
Lieferketten.

Eine 30%ige Wahrscheinlichkeit wird dafür
gesehen, dass die Unternehmen in die
Verlustzone rutschen. Schätzungen im Bereich
von 16 bis 18% misst die Umfrage für die Fragen,
ob nicht mehr genug Energie zur Verfügung
stehen wird, Mitarbeiter entlassen werden oder
gar ernsthafte wirtschaftliche Probleme bis hin
zur Überschuldung zu erwarten sind.

Mit welcher Wahrscheinlichkeit gehen Sie davon aus, dass Ihr Unternehmen über den Winter ...



Hoffnungsschimmer Steuerentlastungen

Ein Großteil der steuerlichen Einzelmaßnahmen wird teils sehr positiv bewertet

Die hohen Energiepreise und die anziehende Inflation haben die letzten Zweifler überzeugt: Rund 90% wollen die kalte Progression im Einkommensteuertarif ausgleichen, nur 3% sind dagegen. 73% befürworten die Entfristung der Homeoffice-Pauschale.

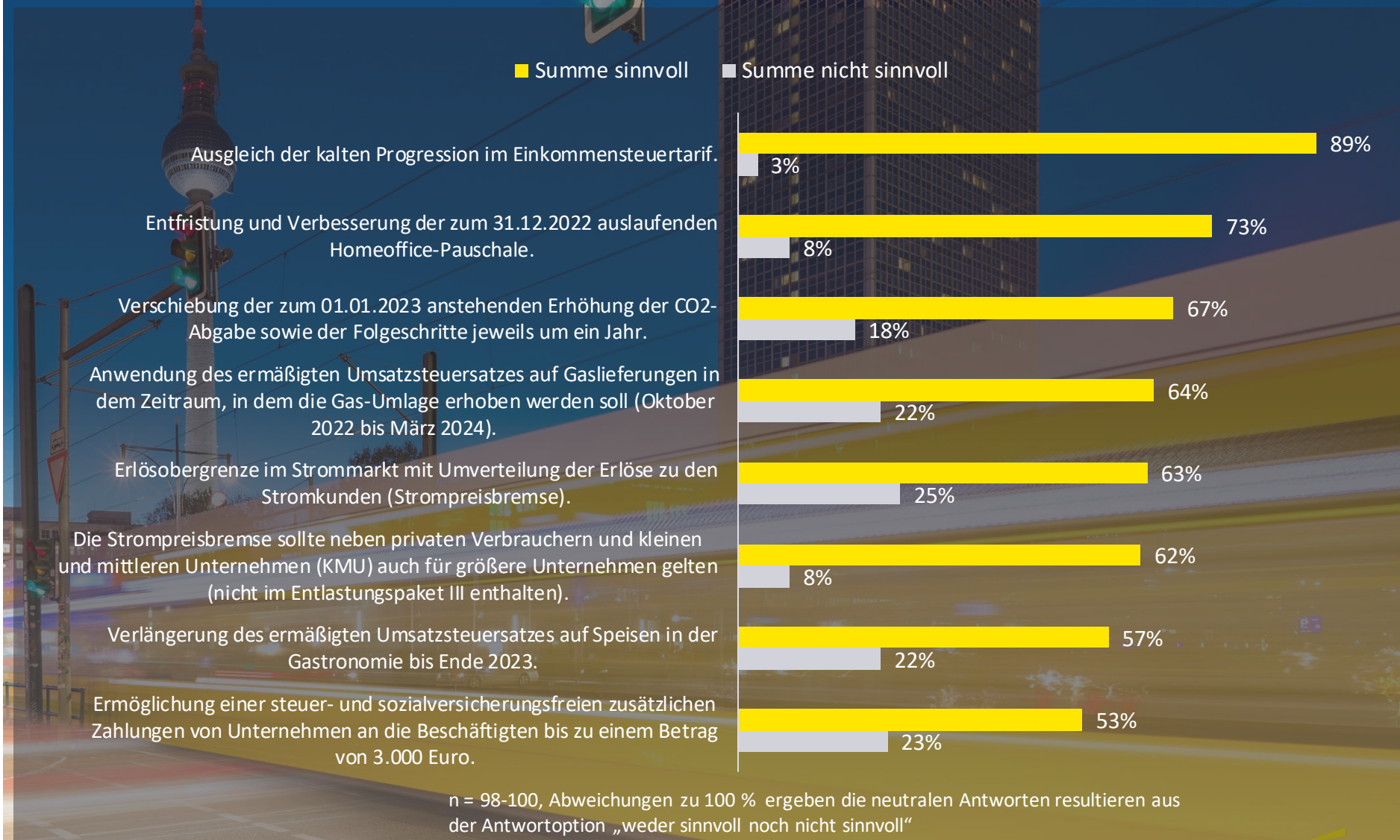
Sehr hohe Zustimmungswerte von über 60% finden auch Maßnahmen mit unmittelbarem Bezug zu den Energiepreisen: Die Strompreisbremse mitsamt der ergänzenden Forderung, die Strompreisbremse auch für größere Unternehmen bereitzustellen, das Aussetzen der Erhöhung der CO₂-Abgabe und der ermäßigte Umsatzsteuersatz für Gaslieferungen.

Deutlich mehr als die Hälfte der Befragten unterstützt auch die verlängerte Umsatzsteuerermäßigung in der Gastronomie sowie die Ermöglichung einer steuerfreien Inflations-Sonderzahlung durch die Arbeitgeber.

Bewertung ausgewählter Einzelmaßnahmen

Skala (überhaupt nicht sinnvoll / nicht sinnvoll / weder sinnvoll noch unsinnig / sinnvoll / sehr sinnvoll)

Darstellung absteigend nach Einschätzung der Sinnhaftigkeit



Kritik an Einzelmaßnahmen

Nur mit einem Punkt des
Entlastungspakets sind die
Unternehmen wirklich
unzufrieden.

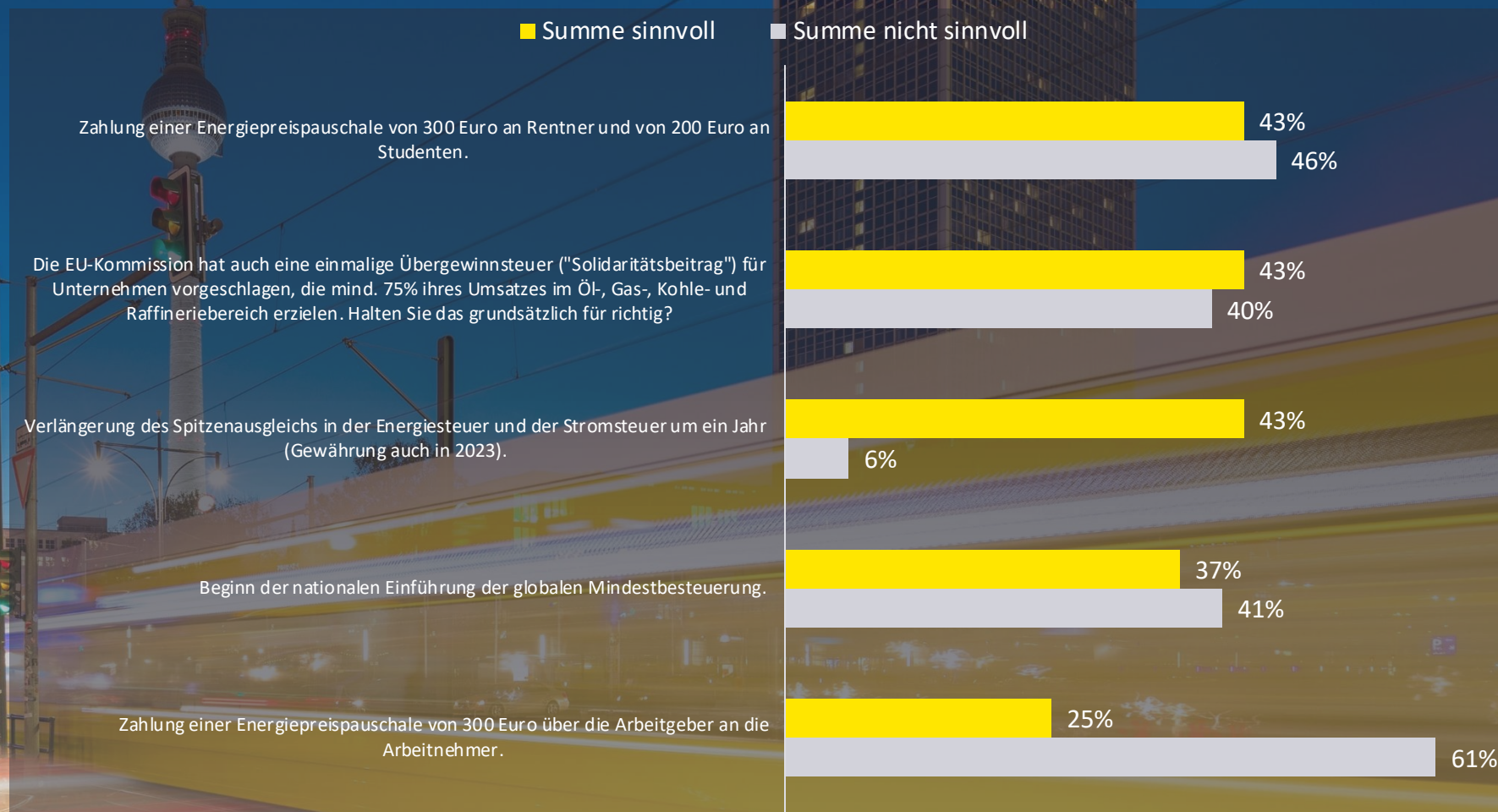
Nicht alle Maßnahmen des Entlastungs-pakets
stoßen auf ungeteilte Begeisterung. Nur eine
knappe relative Mehrheit spricht sich für die
Übergewinnsteuer im Energiesektor aus.
Weniger als die Hälfte befürworten auch die
Verlängerung des Spitzenausgleichs in der
Energiesteuer und Stromsteuer. Die sehr geringe
Zahl an Gegenstimmen lässt vermuten, dass die
Zustimmung unter den energieintensiven
Unternehmen sehr viel höher ist.

Überwiegend skeptisch wird der Beginn der
nationalen Einführung der globalen Mindest-
steuer zur Gegenfinanzierung eingeschätzt. Auch
die Zahlung einer Energiepreispau-schale an
Rentner und Studenten wird eher abgelehnt.
Dies ist wohl im Zusammenhang mit der Frage
nach der Energiepreispau-schale für die
Arbeitnehmer zu sehen, die von rd. 60%
abgelehnt wird. Möglicherweise liegt dies am
Auszahlungsweg über den Arbeitgeber, der oft
als sehr aufwändig empfunden wird.

Bewertung ausgewählter Einzelmaßnahmen

Skala (überhaupt nicht sinnvoll / nicht sinnvoll / weder sinnvoll noch unsinnig / sinnvoll / sehr sinnvoll)

Darstellung absteigend nach Einschätzung der Sinnhaftigkeit



n = 98-100, Abweichungen zu 100 % ergeben die neutralen Antworten resultieren aus der Antwortoption „weder sinnvoll noch nicht sinnvoll“

“

Die hohen Energiepreise treffen die Wirtschaft mit voller Wucht, das ergibt sich gleichermaßen aus der persönlichen Betroffenheit als auch der Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage. Noch ist die Wirtschaft nicht überzeugt, dass die Bundesregierung dem genug entgegensetzt.

Daniel Käshammer

Leiter National Office Tax Deutschland

“

Größtenteils sehr positiv sind die Umfrageergebnisse für die steuerlichen Entlastungsmaßnahmen. Allerdings wird darin vielfach eher Symptombehandlung als Ursachenbekämpfung gesehen.

Roland Nonnenmacher

Leiter Tax Policy Deutschland

Ansprechpartner | Tax Policy



Daniel Käshammer

Partner, International Tax and Transaction
Services und Leiter National Office Tax

daniel.kaeshammer@de.ey.com

+49 761 1508 23218



Roland Nonnenmacher

Director, National Office Tax
Head of Tax Policy Germany

roland.nonnenmacher@de.ey.com

+49 30 25471 29412

EY | Building a better working world

Mit unserer Arbeit setzen wir uns für eine besser funktionierende Welt ein. Wir helfen unseren Kunden, Mitarbeitenden und der Gesellschaft, langfristige Werte zu schaffen und das Vertrauen in die Kapitalmärkte zu stärken.

In mehr als 150 Ländern unterstützen wir unsere Kunden, verantwortungsvoll zu wachsen und den digitalen Wandel zu gestalten. Dabei setzen wir auf Diversität im Team sowie Daten und modernste Technologien in unseren Dienstleistungen.

Ob Assurance, Tax & Law, Strategy and Transactions oder Consulting: Unsere Teams stellen bessere Fragen, um neue und bessere Antworten auf die komplexen Herausforderungen unserer Zeit geben zu können.

„EY“ und „wir“ beziehen sich in dieser Präsentation auf alle deutschen Mitgliedsunternehmen von Ernst & Young Global Limited (EYG). Jedes EYG-Mitgliedsunternehmen ist rechtlich selbstständig und unabhängig. Ernst & Young Global Limited ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach englischem Recht und erbringt keine Leistungen für Mandanten. Informationen darüber, wie EY personenbezogene Daten sammelt und verwendet, sowie eine Beschreibung der Rechte, die Einzelpersonen gemäß der Datenschutzgesetzgebung haben, sind über ey.com/privacy verfügbar. Weitere Informationen zu unserer Organisation finden Sie unter ey.com.

In Deutschland finden Sie uns an 20 Standorten.

© 2022 Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
All Rights Reserved.

GSA Agency | ABC JJMM-123
ED None

Diese Präsentation ist lediglich als allgemeine, unverbindliche Information gedacht und kann daher nicht als Ersatz für eine detaillierte Recherche oder eine fachkundige Beratung oder Auskunft dienen. Es besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität. Jegliche Haftung seitens der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und/oder anderer Mitgliedsunternehmen der globalen EY-Organisation wird ausgeschlossen.

ey.com/de